

rief vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
onn- und Feiertag 10 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 29. September 1989

Blatt 2127

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Amtseinführungen im Elisabethspital (2128/FS: 28.9.)
- Elisabethspital bleibt erhalten (2129/FS: 28.9.)
- Übergabe der Verdi-Siedlung/2. Bauteil (2130)
- Meidlinger Hauptstraße: Modell für Attraktivierung von Geschäftsstraßen in Wien (2132/2133)
- Terminvorschau vom 2. bis 14. Oktober (2134/2135)
- Goldenes Ehrenzeichen für Präsident Sohlen (2136)
- Wiener Landtag (2137-2140)
- Wiener Gemeinderat (2141 ff.)
- Straßenfest in der Kaiserstraße blockiert „5er“ (nur FS)

Kultur:

- Verdienstzeichen des Landes Wien (2136)

Sport:

- Überreichung von hohen Sportauszeichnungen (2131)

Amtseinführung im Elisabethspital

Elisabethspital erhält Langzeitpflegeabteilung

Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Im Elisabethspital wird in Kürze eine Abteilung für Langzeitbehandlung zur Verfügung stehen. Donnerstag führte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dr. Helmut NISSEL als Vorstand der neuen Abteilung in sein Amt ein. Die Abteilung, sie wird über insgesamt 80 Betten verfügen, wurde im Gebäude des ehemaligen Internats der Krankenpflegeschule mit einem Kostenaufwand von 32 Millionen Schilling eingerichtet. Mit der Schaffung dieser neuen Abteilung wird es möglich sein, so Stadtrat Stacher, Akutpflegestationen zu entlasten und die Rehabilitation von Langzeit-Patienten zu verbessern. Dies ist ein wesentlicher Beitrag, zum Bemühen, Personen nach Erkrankungen wieder in die gewohnte Umgebung zu integrieren, aber auch alten Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt die Voraussetzungen zu bieten, nach Hause zurückzukehren und dort selbständig zu leben.

Mehr Langzeitabteilungen, Bundes-Rehabilitationskonzept

Der Gesundheitsstadtrat unterstrich aus diesem Anlaß auch die Notwendigkeit, weitere derartige Einrichtungen zu schaffen. So gibt es derzeit bereits im Wilhelminenspital eine Abteilung für Langzeitbehandlung, weitere Abteilungen werden demnächst im Pulmologischen Zentrum und im Kaiser-Franz-Josef-Spital in Betrieb genommen werden. In diesem Zusammenhang forderte Stacher erneut die Schaffung eines eigenen Rehabilitationskonzeptes — unter Einbeziehung aller beteiligten Institutionen — seitens des Bundes.

Physikalisches Institut, neue Verwaltungsdirektorin

Ergänzend dazu wurde auch ein eigenes Physikalisches Institut mit Untersuchungs- und Behandlungsräumen, einem Turnsaal und Nebeneinrichtungen geschaffen. Nach dessen Inbetriebnahme werden die Möglichkeiten zur Physikalischen Therapie wesentlich für das ganze Krankenhaus verbessert und ausgebaut sein. Als Vorstand des neuen Institutes wurde Dr. Thomas TEICHMANN vom Gesundheitsstadtrat in sein Amt eingeführt.

Ebenfalls neu in ihr Amt als Verwaltungsdirektorin wurde Christine ZOUBEK eingeführt. Sie tritt damit die Nachfolge von Verwaltungsdirektor Oberamtsrat Franz DANEK an, der seit 1976 diese Funktion ausübte und nunmehr in den Ruhestand trat. Frau Zoubek war bisher Leiterin der Materialverwaltung im Mautner Markhof'schen Kinderspital. (Schluß) zi/bs

Bereits am 28. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Elisabethspital bleibt erhalten

Wien, 28.9. (RK-KOMMUNAL) Das Elisabethspital wird nicht zugesperrt werden, sondern bleibt zur Versorgung der Bevölkerung erhalten. Dies erklärte Donnerstag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich der Amtseinführung von zwei neuen Primarii bzw. der neuen Verwaltungsdirektorin der Krankenanstalt.

Laut Stacher sind im Rahmen des neuen, derzeit in Ausarbeitung befindlichen, Spitals- und Gesundheitszielplanes lediglich verschiedene organisatorische Veränderungen — die einzelne Stationen betreffen — vorgesehen. So werden etwa Möglichkeiten zur Pflege bzw. Rehabilitation von Langzeitpatienten geschaffen werden. Laut Stacher wurde jedoch eine Schließung des Elisabethspitals niemals erwogen. Der Stadtrat reagierte mit dieser Mitteilung auf einen kürzlich seitens der FPÖ-Fraktion in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus gestellten Antrag, in dem die Erhaltung des Elisabethspitals verlangt worden war. (Schluß) zi/bs

Bereits am 28. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Übergabe der Verdi-Siedlung/2. Bauteil

Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Morgen, Samstag, um 10 Uhr wird die Reihenhausanlage „Verdi-Siedlung/2. Bauteil“ der Wohnbaugenossenschaft WIEN-SÜD in der Aidagasse in Inzersdorf den Bewohnern feierlich übergeben. Die Anlage besteht aus 203 Reihenhäusern. Das Land Wien hat die Errichtung der Reihenhaussiedlung aus Mitteln der Wohnbauförderung unterstützt. Dem Festakt werden Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und der Liesinger Bezirksvorsteher Hans WIMMER beiwohnen. (Schluß) ah/rr

Überreichung von hohen Sportauszeichnungen

Wien, 29.9. (RK-SPORT) In den nächsten Tagen kommt es im Rathaus zur Überreichung von hohen Auszeichnungen an Persönlichkeiten, die sich große Verdienste um den Sport in der Bundeshauptstadt erworben haben. Am 2. Oktober (13.30 Uhr) erhält der langjährige Vize-Präsident des Wiener Fußball-Verbandes, Wilhelm ALEXA, das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Am 5. Oktober (10 Uhr) werden der fünffachen Eurpameisterin im Trab-Rennfahren, Maria SAUER, Schiedsrichter-Obmann Paul SCHILLER sowie den Funktionären Hans BÖS (Kaiser-Ebersdorf), Paul GROSS (Ostbahn XI), Walter LESEK (Schwimmverband) und Dr. Rudolf MÜLLER (WAT Ottakring) das Sportehrenzeichen der Stadt Wien überreicht. Die Überreichung nimmt Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL vor. (Schluß) hof/rr

Meidlinger Hauptstraße: Modell für Attraktivierung von Geschäftsstraßen in Wien

Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL) Als Beispiel dafür, wie man bestehende Geschäftsstraßen bzw. Zentren attraktiver gestalten könnte, bezeichnete gestern, Donnerstag abend, Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA in einem Pressegespräch mit dem Meidlinger Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER die Ergebnisse eines Gutachterverfahrens für die Meidlinger Hauptstraße.

Swoboda wörtlich: „Die Diskussion um die Einkaufszentren am Stadtrand verläuft meist sehr eindimensional. Wie bei allen Fragen der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung ist hier aber das Denken in Alternativen unerlässlich. Daher begrüße ich die Planungsüberlegungen für die Meidlinger Hauptstraße, die ja von bereits bestehenden Einkaufszentren im Süden Wiens besonders betroffen ist, umso mehr.

Zeigen die Vorschläge doch, daß man bei gemeinsamem guten Willen aller Beteiligten — also der Planer, der Geschäftsleute, der Interessenvertretungen — und bei rechtzeitiger Information und Miteinbeziehung der Bevölkerung hochinteressante Lösungsvorschläge finden kann, die den gesamten Straßenverlauf aufwerten und ihn zu einem echten städtischen Lebensraum machen können.“

Neugestaltung Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße

Im Hinblick auf die Inbetriebnahme der U6 (Verlängerung der Gürtelstrecke nach Süden, vorerst bis zur Philadelphiabrücke) am 7. Oktober und die damit vorgesehene Auflassung der Straßenbahnlinie „8“ stellte sich die Frage, wie die zukünftige Meidlinger Hauptstraße aussehen soll. Sowohl von politischer Seite als auch von Seiten der Geschäftsleute und der Bevölkerung gab es Vorstellungen, der Fußgängerzone ein neues gestalterisches und funktionelles Image zu geben.

Im Frühjahr 1989 wurden zwei Architekten von der Stadt Wien (MA 18 und MA 19) beauftragt, ein „Nutzungs-, Funktions- und Gestaltungskonzept für das Hauptzentrum Meidling“ zu erstellen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auch der Miteinbeziehung der Geschäftsleute und der Bevölkerung geschenkt werden.

Grundlagen der Arbeit bildeten ein Ideenkonzept der MA 19 aus dem Jahr 1987 und die im Dezember 1988 fertiggestellte Strukturanalyse für Meidling (1. Abschnitt des Bezirksentwicklungsplanes), in der es bereits eine vertiefte Bearbeitung des Gebietes um die Meidlinger Hauptstraße gegeben hatte.

Die Arbeit hatte zwei Schwerpunkte. Einerseits wurde ein Leitprojekt erstellt, in dem stadtstrukturelle Aussagen getroffen wurden und in dem der Gestaltungsspielraum aufgezeigt wurde. Neben der eigentlichen Meidlinger Hauptstraße mit ihren Ausläufern erfuhren die beiden Brückenköpfe Philadelphiabrücke und Lobkowitzbrücke eine besondere Bearbeitung.

Der zweite Teil der Arbeit hatte die Bürgerinformation und Miteinbeziehung der Betroffenen zum Inhalt. Im Mai 1989 wurde an alle Geschäftsleute der Meidlinger Hauptstraße ein Fragebogen verschickt. Darin wurden zahlreiche Fragen über Gestaltungsvorstellungen gestellt. Darüber hinaus hatten die Adressaten die Möglichkeit, Wünsche und Anregungen mitzuteilen und in einem Lageplan Gestaltungsvorschläge einzutragen. Die Beteiligung der Geschäftsleute an der Befragung war erfreulich hoch. Mehr als ein Viertel füllten die Fragebögen aus. Einige Geschäftsleute deponierten ihre Wünsche auch in persönlichen Gesprächen.

In der Zeit vom 22. April bis 18. Mai fand im Bezirksamt eine Ausstellung über die Bezirksentwicklungsplanung statt, in der die Bevölkerung auch

Gelegenheit hatte, sich über die Ergebnisse der Detailbearbeitung Meidlinger Hauptstraße zu informieren und mit Hilfe eines Fragebogens zur Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße Stellung zu nehmen.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Befragungen und dem in der Zwischenzeit erstellten Leitprojekt erhielten im Sommer die Architekten Walter HOFFELNER und Prof. Boris PODRECCA von der Stadt Wien den Auftrag, im Rahmen eines Gutachterverfahrens detaillierte Lösungsmöglichkeiten für die Gestaltung der Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße aufzuzeigen:

- Architekt Hoffelner schlägt einen durchgehenden „roten Teppich“ in Form einer roten Pflasterung in der Straßenmitte und mehrfach wiederkehrende multifunktionale Torelemente vor. Diese können auf verschiedene Art genutzt werden: als Träger für Beleuchtung, Video und Ton, aber auch für Aufschriften und Dekoration. Straßenbelag und Torelemente sollen der Fußgängerzone ein unverwechselbares Aussehen geben. Den Geschäftsleuten bleibt ein Gestaltungsspielraum vor ihren Geschäften. Sie können mit Vordächern und Vitrinen die Bereiche nutzen.
- Das Projekt von Arch. Podrecca verzichtet dagegen, mit Ausnahme neuer Straßenleuchten, auf ein einheitliches Gestaltungselement. Es stellt höhere Ansprüche an die angrenzende Bebauung und geht von einer differenzierten Gestaltung einzelner Straßenabschnitte („Plätze“) aus. Markant ist eine Überdachung des Bereiches Bonygasse („Stadloggia“) und eine Sitztribüne bei der Einmündung Niederhofstraße. Eine dichte Begrünung erfährt der Abschnitt zwischen Ratschkygasse und Pohlgasse.

Diese beiden Gestaltungsvorschläge werden gemeinsam mit dem Leitprojekt als Diskussionsgrundlage im Rahmen der Ausstellung „Bürgerinformation — Neugestaltung Meidlinger Hauptstraße“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Für die beiden „Brückenköpfe“ Philadelphiabrücke und Lobkowitzbrücke hat Arch. SMUTNY grundsätzliche Leitlinien erstellt. Sie werden noch langfristig weiterbearbeitet, da sie von anderen Entscheidungen (z. B. Wientalplanung) abhängig sind. Die in der Ausstellung gezeigten Gestaltungsmöglichkeiten für diese Bereiche haben daher eher visionären Charakter.

INFO-Ausstellung bis 25. Oktober

Die Ausstellung findet in der Reschgasse 22 statt. Sie wird am 7. Oktober eröffnet und dauert bis 25. Oktober (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 16 bis 19 Uhr, Samstag, 10 bis 12 Uhr). Die Besucher haben die Möglichkeit, sich eingehend darüber zu informieren und zu den Projekten Stellung zu nehmen. Dazu wird ein Fragebogen aufgelegt.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Befragung und der öffentlichen Meinungsbildung sollen bis Jahresende die ersten Vorentscheidungen getroffen werden. Der Umbau der Meidlinger Hauptstraße wird mit der Erneuerung des Straßenkanals in Etappen erfolgen. Für den ersten Abschnitt Schönbrunner Straße bis Niederhofstraße sollen schon im Frühjahr 1990 die notwendigen konkreten Festlegungen erfolgen. (Schluß) lf/gg

Terminvorschau vom 2. bis 14. Oktober

Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 2. bis 14. Oktober hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 2. OKTOBER:

- 11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 13.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an Vizepräs. des Wr. Landessportrates a.D. Wilhelm ALEXA (Arb.-Zi, Häupl)

DIENSTAG, 3. OKTOBER:

- 9.00 Uhr, Eröffnung Abfallwirtschaftskongreß durch Bgm. Zilk und Stadtrat Häupl (3.-6.10., Austria-Center)
- 10.00 Uhr, Pressekonferenz MIGRA, revitalisiertes Haus, 14., Linzer Straße 466
- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Hafen mit Fa. Schenker (Rathauskeller, Ziehrerstüberl)

MITTWOCH, 4. OKTOBER:

- 10.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Präsident Dr. Heinz Irrgeher, Obermed.-Rat Dr. Norbert Brünner, Prof. Rosemarie Isopp und Günter Krenz (Steinerner Saal, Rathaus)
- 15.00 Uhr, Überreichung der Preise der Stadt Wien 1989 durch Bgm. Zilk an Günther Domenig, Christian Ludwig Attersee, Kurt Kocherscheidt, Oswald Stimm und Mario Terzic (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 5. OKTOBER:

- 10.00 Uhr, Pressefahrt StR. Hatzl „U 6“ (Bahnhof Michelbeuern, Einfahrt Äußerer Währinger Gürtel bei der Hofmannngasse, Parkplätze auf dem Bahnhofs Gelände)
- 10.00 Uhr, Sportehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an Hans Bös, Paul Gross, Walter Lesek, Dr. Rudolf Müller, Maria Sauer und Paul Schiller (Steinerner Saal II, Rathaus)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an die Kammerräte Karl Hans, Leopold Hrebicek, Franz Marinkovits, Herbert Selner, Josef Stauffer und Techn. Rat Ing. Rudolf Wendler (Roter Salon, Rathaus)

FREITAG, 6. OKTOBER:

- 10.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mit Vbgm. Mayr und StR. Neusser (PID)
- 14.00 Uhr, Inbetriebnahme der verlängerten Autobuslinie „5 A“ StR. Hatzl (Traisengasse)
- 14.30 Uhr, Inbetriebnahme der verlängerten Autobuslinie „11 A“/StR. Hatzl (Friedrich-Engels-Platz)
- 15.00 Uhr, Überreichung der Preise der Stadt Wien 1989 durch Bgm. Zilk an Heinz Karl Gruber, Elfriede Jelinek und Dr. Ulrich Weinzierl (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

SAMSTAG, 7. OKTOBER:

- 8.30 Uhr, Inbetriebnahme der verlängerten Autobuslinie „12 A“/StR. Hatzl (Station Längenfeldgasse)

SAMSTAG, 7. OKTOBER: (Forts.)

9.30 Uhr, Inbetriebnahme der „U 6“ (12, Schedifkaplatz/Philadelphia-
brücke), Bgm. Zilk, StR. Hatzl

MONTAG, 9. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Maria-
Leonie Brändle, Hermine Fasching-Lechner, Dr. Elisabeth Campagner,
Reg.-Rat Walter Kabel, Rudolf Rebernig, Rudolf Jirkal, Karl-Hans
Strassl und Franz Zwerina (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 10. OKTOBER:

10.00 Uhr, Presseempfang Shopping Center Nord (Rathauskeller „Salon
Ziehrer“)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 11. OKTOBER:

9.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Funktionäre
des Pensionistenverbandes Österreichs — Landesorganisation Wien
(Haus der Begegnung Rudolfsheim, 15, Schwendergasse 41)

10.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Prof.
Dezsö Monoszloy, Dorothea Zeemann-Holzinger, Kurt Enzl und Prof.
Wolfgang Erbens (Steinerer Saal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch StR. Stacher „Kardiologie Lainz“ (Krkh.
Lainz)

12.30 Uhr, Wiedereröffnung der Bellaria-Passage mit Bgm. Zilk/StR.
Hatzl

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Rudolf Prinz zur Lippe:
„Ödipus und die verweigerte Seelenfahrt. Zum Syndrom von Ego, Identi-
tätsdenken und entleerter Welt.“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 12. OKTOBER:

9.00 Uhr, Symposium Jugendamt und FICE: Heimerziehung — ein
sozialpädagogischer Auftrag (AK Wien, 4, Theresianumstr. 16-18)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal zum Symposium (AK)

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Wienerwald Österreich“
(Prälatensaal des Schottenkellers, 1, Freyung 6)

FREITAG, 13. OKTOBER:

11.00 UHR, 75jähriges Bestandsjubiläum Preyer'sches Kinderspital
(Bgm. Zilk)

14.00 Uhr, Eröffnung der Wohnhausanlage 20, Hartlgasse 28-30/Damm-
straße 27-31 mit StR. Edlinger und Bezirksvorsteher Lacina

SAMSTAG, 14. OKTOBER:

14.30 Uhr, EXPO-Ideenfest (Messepalast)
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 2134

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 29.9. (RK-KULTUR) Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus Franz FORSTER und Walter LATRON Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Ehrentrudis REICHENAUER und Adolf WAURICH wurden mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet.

Franz Forster war während des Zweiten Weltkrieges Mitglied der Widerstandsgruppe 05 und hat sich auch um die Rettung jüdischer Mitbürger verdient gemacht. Er hat neben seinem Zivilberuf wichtige Arbeit für das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes geleistet.

Walter Latron ist seit langem im Sozialbereich der Stadt Wien tätig. Als Verwalter des Pensionistenheimes „Föhrenhof“ hat er dieses Heim zu einem der beliebtesten Pensionistenheime in Wien gemacht.

Ehrentrudis Reichenauer hat das Altersheim der Pfarre Währing, das Sofienheim, modernisiert und zu einem humanen und freundlichen Heim umgestaltet.

Adolf Waurich hat neben seinem Beruf als Betriebsinspektor der Wiener Stadtwerke große Leistungen in seiner gewerkschaftlichen Arbeit erbracht. Zahlreiche soziale Aktionen betreut er auch noch heute.

Der Feier wohnte auch Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER bei. (Schluß) gab/rr

Goldenes Ehrenzeichen für Präsident Sohmen

Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Freitag, nachmittag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Dr. Helmut SOHMEN, Präsident der World-Wide Shipping Agency Ltd. in Hongkong, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Zilk hob in seiner Ansprache die Leistungen des gebürtigen Österreichers für die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Wien und Hongkong hervor. Der Feier wohnten unter anderem Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS bei. (Schluß) red/gg

Wiener Landtag

Umweltabgabengesetz

Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Freitag, unter dem Vorsitz von Landtagspräsident HOFMANN zu einer Sitzung zusammen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) legte den Entwurf eines Umweltabgabengesetzes vor. Es ermächtigt das Land Wien, auf Wasser, Abwasser und Müll de facto einen Zuschlag bis zu 20 Prozent zur jeweiligen Gebühr einzuheben. Derzeit sei allerdings nicht daran gedacht, diese Steuer einzuführen. Es solle mit diesem Gesetz nur ein Instrument geschaffen werden, dessen Anwendung man sich für einen späteren Zeitpunkt vorbehalte. Darüber hinaus diene das Gesetz dem Zweck, die Steuerrücklage des Landes Wien zu sichern. Denn der Bund nehme bereits mit dem Altlastensanierungsgesetz Steuerquellen der Länder in Anspruch. Zum Vergleich mit anderen Bundesländern bemerkte Mayr, daß Niederösterreich auf Abwasser einen Zuschlag bis zu 100 Prozent einheben könne, und auch Vorarlberg eine ähnliche Regelung kenne. Das vorliegende Umweltabgabengesetz solle ein Instrument sein, das die Bewältigung künftiger Aufgaben ermögliche, ohne daß die Tarife über Gebühr erhöht werden.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach die Vermutung aus, daß durch dieses Gesetz die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden sollen. So habe es bereits im Begutachtungsverfahren heftige Kritik nicht nur vom Bund, sondern auch seitens der Wiener Arbeiterkammer und Handelskammer gegeben. Man müsse davon ausgehen, daß sich für die Wienerinnen und Wiener die Ver- und Entsorgungsleistungen um mindestens 20 Prozent verteuern werden, obwohl die Gebühren bis jetzt schon sehr hoch waren und die Kosten durchaus deckten. So sei die Kritik des Bundes und der Arbeiterkammer zu verstehen, daß bei diesem Gesetz der soziale Aspekt gänzlich außer acht gelassen worden sei. Darüber hinaus sei besonders zu kritisieren, daß keinerlei Zweckbindung der Mittel vorgesehen sei. Man müsse leider grundsätzlich feststellen, daß es noch nie in der Vergangenheit so wenig Koordination zwischen dem Bund und dem Land Wien gegeben habe, und daß alle Streitigkeiten auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen würden. Aus diesem Grund lehne die FPÖ die Vorlage entschieden ab.

LABg. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bemerkte, daß das Gesetz von allen Seiten als unsozial, verfassungswidrig, nicht determiniert und wirtschaftlich nicht sinnvoll bezeichnet werde. Es würde eine Mehrbelastung vor allem der kleinen und mittleren Haushalte bringen, und das in einer Zeit, wo das Ziel doch eine Abgabengrenzung und nicht eine Abgabenerweiterung sein solle. Abgesehen von den Bedenken des Finanzministeriums, der Handels- und Arbeiterkammer sei das Gesetz sogar magistratsintern umstritten. Die Kritik beziehe sich dabei vor allem auf die mangelhafte Textierung des Gesetzes, die es im Grunde unvollziehbar mache. Wenn man bedenke, daß leider immer öfter Wiener Gesetze vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden, sollte sich der Wiener Landtag, den ja als gesetzgebende Institution die Verantwortung treffe, das „JA“ zu diesem Gesetz nochmals gründlich überlegen.

LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ) sprach seine Vermutung aus, daß der Grund für die Ablehnung des Gesetzes durch die anderen Fraktionen in der Hoffnung begründet sei, daß man den Wienerinnen und Wienern wieder einmal vorspielen könne, hier käme es zu einer Gebührenerhöhung und damit zu einer zusätzlichen Belastung für die Haushalte. Demgegenüber sei nochmals festzustellen, daß mit Inkrafttreten des Gesetzes der Tarif gleichbleiben werde, und daß das Gesetz nur eine Vorbeugemaßnahme sei. Mit dem Altlastensanierungsgesetz habe nämlich der Bund bereits tief in die Taschen

der Bürger gegriffen, und das Land Wien müsse sich rechtzeitig dagegen wehren, daß der Bund in seine Kompetenzen eingreife. Zur sozialen Komponente stellte Riedler den Vergleich mit Niederösterreich her, wo ein Zuschlag von 100 Prozent möglich sei, in Wien seien nur 20 Prozent vorgesehen. Und zur Zweckgebundenheit der Mittel sei zu bemerken, daß das Geld selbstverständlich Umweltaufgaben zugute kommen müsse.

LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) vertrat die Ansicht, das neue Gesetz werde eine mindestens 20prozentige Erhöhung bringen. Durch die Einführung einer Steuer statt einer Gebühr werde vom Kostendeckungsprinzip abgegangen. Dem könne die ÖVP nicht zustimmen. In den letzten zehn Jahren seien die Müllgebühr um 115 Prozent, die Abwassergebühr um 318 Prozent und die Wassergebühr um 66,6 Prozent gestiegen — im Vergleich dazu der Verbraucherpreisindex um 33,4 Prozent. Das habe dazu geführt, daß sich bei Wasser- und Müllgebühren hohe Rücklagen gebildet hätten. Dazu komme, daß Wien vom Wasserwirtschaftsfonds mit großen Zuwendungen bedacht werde — zusätzlich zur bereits bestehenden Gebührenbedeckung. Gleichzeitig liege die Dritte Wiener Wasserleitung brach, bei den EBS habe es aus Planlosigkeit eine Kostenüberschreitung von einer Milliarde gegeben. Die Wiener ÖVP lehne Steuern- und Gebührenerhöhungen ab. Haushalte und Betriebe würden ebenso wie kinderreiche Familien stark belastet. Daher lehne die ÖVP den Entwurf auch aus sozialer Verantwortung ab.

LAbg. OUTOLNY (SPÖ) betonte, es gehe jetzt darum, steuerliche Überlegungen Wiens im Zusammenhang mit Steuerplänen des Bundes anzustellen. Er forderte, für die Lösung der Umweltprobleme auch die Faktoren Luft, Wasser und Boden in die volks- und betriebswirtschaftliche Rechnung einzubeziehen.

In seinem Schlußwort betonte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß es keine unberechtigten Gebührenerhöhungen gegeben habe. Stets sei mangelnde Kostendeckung der Grund für Steigerungen gewesen. Die Kostendeckung werde auch weiterhin maßgeblich sein. Bei der Altlastensanierung sei es Wien nur mit großer Mühe gelungen, daß das Geld dort eingesetzt wird, wo es aufgebracht wurde. Steuergelder der Wiener sollten in erster Linie dazu dienen, Wiener Probleme zu lösen. Der Wasserwirtschaftsfonds habe zwar in letzter Zeit auch einige Projekte finanziert, doch noch immer werde Wien benachteiligt. Die Fondsmittel dämpfen die Gebühren. Grundsätzlich soll der Zugriff des Bundes auf die Wiener Steuerzahler verhindert werden.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Wiener Schulgesetznovelle

Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ) beantragte eine Novelle des Wiener Schulgesetzes, das speziell den Integrationsunterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder regelt. Man werde den Schulversuch zunächst in dreißig Klassen aufnehmen.

Die FPÖ werde der Novelle aus Überzeugung und aus bildungspolitischen Gründen zustimmen, sagte LAbg. GINTERSDORFER (FPÖ). Wie dringend nötig die Integration sei, zeige eine Umfrage, nach der 60 Prozent der Arbeitnehmer die Zusammenarbeit mit Behinderten ablehnen. Die Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder sollen auch über die 8. Schulstufe hinaus ausgeweitet werden.

Die Integration sei dringend nötig, betonte LAbg. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP), da das Angebot der Sondereinrichtungen viele Nachteile hatte, wie die Absonderung von Behinderten von den Nichtbehinderten, die häufige Trennung vom Elternhaus im Kindesalter, die Ghettobildung in den Sonderschulen. Man dürfe der Integration aber nicht ganz unkritisch gegenüberstehen. Die Integration solle so weit wie möglich unterstützt werden,

Forts. von Blatt 2137

Forts. auf Blatt 2139

aber nur dann, wenn das für das Einzelkind die beste Alternative sei. Auf den Fortbestand der Sondereinrichtungen könne derzeit noch nicht verzichtet werden. Die Entscheidung, ob Sonderschule oder integrativer Unterricht, solle durch die Eltern getroffen werden, die durch entsprechende Fachleute beraten werden. In einem ANTRAG sprach sich Rauch-Kallat für eine Bedarfserhebung der Planstellen für Stützlehrer an den Sonderschulen zur spezifischen Betreuung und zur Schaffung der nötigen Planstellen aus.

LAbg. Margarete DUMSER (SPÖ) verwies darauf, daß es den integrativen Unterricht in der Praxis bereits seit vielen Jahren gebe. Diese Unterrichtsform sollte aber nicht nur an den Pflichtschulen, sondern auch darüber hinaus ermöglicht werden. Ihr Dank gelte der Integrationsberatungsstelle, wo für das jeweilige Einzelkind in Zusammenarbeit mit den Eltern und Fachleuten die beste Lösung erarbeitet werde. Die Sondereinrichtungen wird man weiterhin brauchen, man werde aber versuchen, eine Öffnung für Nichtbehinderte zu finden, damit eine Ghettoisierung vermieden werden könne.

In ihrem Schlußwort betonte Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Smejkal, es gehe darum, Behinderte nicht zu Außenseitern zu erziehen, sondern von klein auf zu integrieren.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Wiener Krankenanstaltengesetz – Beharrungsbeschluß

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) stellte den Antrag auf Wiederholung des Gesetzesbeschlusses, durch den das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert wird. Die Bundesregierung hatte gegen das am 28. Juni 1989 beschlossene Gesetz Einspruch erhoben. Er müsse deutlich dem Vorwurf widersprechen, daß dieser Konflikt auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werde, betonte Stacher.

Man müsse die Bundesregierung zu einem bundesweiten Lastenausgleich zwingen, forderte LAbg. Karin LANDAUER (FPÖ). Es dürfe nicht ein, daß teure medizinische Eingriffe nach Wien „abgeschoben“ werden. Die entsprechende Verantwortung liege bei der jeweiligen Landesregierung. Landauer sprach sich für eine rasche Änderung des bestehenden Spitalsfinanzierungssystems aus.

LAbg. Dr. RASINGER (ÖVP) bezeichnete eingangs die Bezeichnung „Fremdpatient“ als fatalen Begriff, der durch „Gastpatient“ ersetzt werden sollte. Das Gesetz sei ein schlechtes Gesetz, er fürchte den Tag, an dem in Wien ein Patient wegen eines fehlenden Kostenübernahmescheines abgewiesen werde. Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Benachteiligung Wiens habe Minister Dr. Busek nachgewiesen, daß 56 Prozent der Kosten beim AKH vom Bund getragen werden und nicht 18 Prozent, wie das die SPÖ behauptet habe. Außerdem erhalte Wien rund eine Milliarde Schilling mehr aus dem KRAZAF, als es dem Bevölkerungsschlüssel entspräche. Rasinger sagte, man könne aus Mistelbach keine Universitätsklinik machen, und es sei nur logisch, daß Spezialkliniken in Großstädten beheimatet seien.

LAbg. DINHOF (SPÖ) betonte, es sei für alle Mandatäre in diesem Haus selbstverständlich, daß bei allen in diesem Zusammenhang stehenden Fragen der Patient im Vordergrund zu stehen habe. Dieser Faktor dürfe mit anderen nicht verquickt werden: Es gehe darum, daß, wer zu Leistungen verpflichtet sei — laut Verfassungsgerichtshof sei dies das jeweilige Land —, auch für die Kosten aufzukommen habe. Zum Einspruch der Bundesregierung meinte er, die Verpflichtung zur Aufnahme von Patienten werde im Gesetz nicht bestritten. Da die Kostenfrage klar geregelt sei, verstehe er nicht, weshalb man gegen dieses Gesetz sein könne. Er betonte den Auftrag, die Steuermittel der Wiener Bevölkerung ordentlich zu verwalten.

Forts. von Blatt 2138

Forts. auf Blatt 2140

LABg. Hilde FESTGE-WEINROTHER (ÖVP) kritisierte den Personalmangel in den Wiener Spitälern. Sie schlug vor, die Krankenpflegeschulen zu erweitern, Teilarbeitsplätze zu schaffen, die Dienstzeiten besser zu koordinieren und verstärkt ältere Krankenschwestern wieder aufzunehmen. Im Bereich der Altenbetreuung sprach sich die Rednerin für eine verstärkte Hilfe zur privaten Pflege aus und forderte in einem ANTRAG die Einführung eines Pflegezuschusses nach Vorarlberger Muster. Dieser Zuschuß könne je nach Situation finanziell gestaffelt sein und es ermöglichen, Kranke in ihrer eigenen Wohnumgebung zu belassen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) forderte verstärkte Initiativen für mehr Nachwuchs auf dem Pflegesektor. Hampel-Fuchs kritisierte dann, daß in Wien keine entscheidenden Schritte für eine Hauskrankenpflege in Ergänzung des Abbaus von Akutbetten getan würden. Auch sie forderte den Pflegezuschuß. Zum Problem der Gastpatienten sagte Hampel-Fuchs, daß die Wiener SPÖ dieses auf dem Rücken der Patienten lösen wolle, das lehne sie ab, die Bundesländer sollten sich über eine Lösung einigen können. Eine gewisse Bedenkzeit sei dadurch gegeben, daß das Inkrafttreten des Gesetzes verschoben wurde.

StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) wies darauf hin, daß es nicht darum gehe, Gastpatienten die medizinische Versorgung in Wien zu versagen, sondern sowohl die Rechte der Wiener Patienten als auch die der Wiener Steuerzahler zu wahren. In manchen Bereichen der zudem sehr teuren Spitzenmedizin gebe es eben eine überproportionale Beanspruchung durch Patienten aus anderen Bundesländern. Immerhin sei zu bemerken, daß Niederösterreich nun aufgrund der Wiener Gesetzesnovelle eine Verbesserung der Infrastruktur seines Spitalswesens vornehme. Zur Frage des Pflegepersonals sagte Stacher, daß es hier seit langem Bemühungen auch um männliche Pfleger gebe. Generell sprach er sich für eine dauernde Spitalsreform aus, wie dies in Wien seit Jahr und Tag praktiziert werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages schloß um 13 Uhr. (Schluß) red

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde begonnen wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Ing. SVOBODA (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden, um die Interessen der Stadt Wien hinsichtlich der Nutzung der Roßauer Kaserne durchzusetzen, antwortete Bgm. Dr. ZILK, daß die Ergebnisse des im Jänner abgeschlossenen Gutachterverfahrens, die eine Öffnung des Gebäudes vorsahen, breite Zustimmung gefunden haben. Die neuen Überlegungen des Bundes, die eine kasernenartige Nutzung insbesondere durch das Bundesministerium für Landesverteidigung vorsehen, seien ihm nur bruchstückhaft bekannt, sagte Zilk. Sie würden allerdings eine grundsätzliche Abkehr von den städtebaulichen Zielvorstellungen bedeuten und die heutige Barrierewirkung mit allen Konsequenzen erhalten. Wien lehnt diese Vorschläge ab und wird alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen. Zilk sagte, daß er sich auch eine zeitliche Bausperre vorstellen könnte, wenn es notwendig werden sollte.

Auf ZUSATZFRAGEN, ob Kontakte mit dem früheren und dem jetzigen Wirtschaftsminister in dieser Frage bestehen, antwortete Zilk, daß der frühere Bundesminister Graf sich auch heute zur mündlichen Vereinbarung mit Wien bekenne, die eine Öffnung der Kaserne für gemischte Nutzungen vorsieht. Der derzeitige Wirtschaftsminister Schüssel habe ihm versichert, daß er keine festgefahrene Meinung habe und daß kommende Woche Gespräche darüber geführt werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. KARL (ÖVP), ob die Stadt Wien alle Maßnahmen unterlassen sollte, wodurch das Ergebnis einer möglichen Volksbefragung vorweggenommen oder unterlaufen werden könnte, antwortete Bgm. Dr. ZILK zustimmend. Er habe Weisung gegeben, daß keine Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung der Straßenbahnlinie „8“ getroffen werden, die irreversibel wären.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob die Linie „8“ nicht noch ein Jahr weitergeführt und Fahrgastzählungen durchgeführt werden sollten, antwortete der Bürgermeister, daß im Gegenteil die Bürger erst nach Kenntnis der neuen Situation ihre Meinung kundtun sollten.

Auf eine weitere ZUSATZFRAGE, ob es nicht sinnvoll wäre, im Gemeinderat einen Beschluß zur Durchführung einer Volksbefragung zu fassen, antwortete Zilk, daß er dazu kurz vor der Eröffnung der neuen Linien nicht bereit sei, zumal die Vorbereitungen schon jahrelang laufen und die Frage der Doppelführung von öffentlichen Verkehrsmitteln auch anderenorts zu ähnlichen Diskussionen geführt habe. Er sei aber grundsätzlich nicht gegen eine Volksbefragung.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ), zu welchem Zeitpunkt mit dem Abschluß der Einbauarbeiten der Aktivkohlefilter bei den Wiener Müll- bzw. Sondermüllverbrennungsanlagen gerechnet werden könne, stellte Bürgermeister ZILK fest, daß bei den EBS mit den Maßnahmen sofort begonnen werde und bei der Verbrennungsanlage Flötzersteig 1990 mit dem Einbau der Filter begonnen werden könne, die dann 1991 in Betrieb gehen könnten. Bei der Spittelau hingegen würde derzeit die Rauchgasreinigungsanlage verbessert, sodaß erst die Dioxinmessungen abgewartet werden müßten, bevor über den Einbau eines Aktivkohlefilters entschieden werde. In jedem Fall sei aber sichergestellt, daß die Stadtverwaltung die Dioxingrenzwerte innerhalb der vom Gesetz vorgesehenen Frist einhalten werde.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), wann mit der Renovierung des Palais Harrach begonnen werde, antwortete Bürger-

meister ZILK, daß entlang des Palais Harrach bereits ein Gerüst aufgestellt worden sei. Er gehe davon aus, daß der Erwerber des Palais Harrach die vertragsmäßige Frist zur Renovierung des Palais Harrach einhalten werde. Sollte das nicht der Fall sein, würde die Stadt Wien das Palais zurückkaufen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. RUPANER (SPÖ) über den aktuellen Stand der Planung für den Umbau des Gürtels zwischen Gaudenzdorfer Knoten und Eichenstraße sagte Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ), er rechne in Kürze mit der Fertigstellung der Planungsarbeiten. Allerdings mache der neue Wirtschaftsminister Dr. Schüssel Schwierigkeiten bei der Finanzierung. Der Minister habe ihm mündlich erklärt, daß er derzeit keine Möglichkeit zur Finanzierung sehe. Er werde aber neue Verhandlungen aufnehmen, sagte Swoboda.

Die baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der persönlichen Sicherheit im Olof-Palme-Hof in Favoriten werden Ende März/Anfang April des kommenden Jahres abgeschlossen, sagte Stadtrat EDLINGER (SPÖ) auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. PRINZ (FPÖ). Für andere Wohnhäuser werde in Zusammenarbeit mit den Mieterkomitees ein Maßnahmenkatalog erstellt, der schrittweise aus den Erhaltungsbeiträgen finanziert werden kann.

Für die quantitative und qualitative Sicherung des Wiener Grundwassers werden zahlreiche Maßnahmen gesetzt, sagte Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) zur SIEBENTEN ANFRAGE von GR. HUBER (SPÖ). Über 1.000 Grundwassermeßstationen gibt es in den Bezirken an der Donau. Mit dem Forschungsministerium werde eine Studie über langfristige Maßnahmen des Grundwasserschutzes in Ballungsräumen erstellt. Für die Grundwasserbilanz des linken und rechten Donauufers werde ein Simulationsmodell errechnet. Der Sicherung der Qualität diene der Altlastenkataster. Er spreche sich für eine vorsorgende Umweltpolitik aus, sagte Häupl, aber die Sünden der Vergangenheit, die Altlasten, erfordern auch hohe Mittel für die reparierende Umweltpolitik.

Die Hauskrankenpflege habe einen großen Stellenwert, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. RASINGER (ÖVP). Stacher verwies dabei auf das Modell der Mobilen Schwestern, das bereits vor 13 Jahren eingeführt worden sei. Der WHO-Schlüssel 1 : 5.000 sei derzeit aber nicht erreichbar, da es kaum genügend diplomiertes Personal für die Hauskrankenpflege gebe.

Mitteilung von StR. Hatzl

StR. HATZL (SPÖ) meldete sich mit einer Mitteilung im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der U 6 und der sich daraus ergebenden Maßnahmen zu Wort:

Mit den Bauarbeiten für diese neue U-Bahn-Linie war am 7. September 1983 bei der Philadelphiabrücke begonnen worden, am 7. Oktober 1989 wird sie in Betrieb gehen. Die U 6 als tangentielle Nord/Süd-Querung Wiens besteht aus der adaptierten, historischen Gürtelstrecke und einer über zwei Kilometer langen, unterirdischen Tunnelstrecke. Sie bildet mit der U 4 einen fahrplanmäßig abgestimmten U-Bahn-Gürtel um die inneren Bezirke. Die U 6 hat 14 Stationen und wird aus wirtschaftlichen Gründen mit den modernen E6/C6-Garnituren befahren. Insgesamt werden 15 Vierwagenzüge verkehren. Ein Zug hat ein Fassungsvermögen von 430 Personen, die gesamte Förderkapazität der 15 U 6-Züge beträgt 6.450 Personen. Die Garnituren erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern. Für die rund zehn Kilometer lange Strecke zwischen Philadelphiabrücke und Heiligenstadt benötigt ein U-Bahn-Zug 20 Minuten. In wenigen Jahren wird die U 6 dann nach Siebenhirten und Floridsdorf verlängert.

Forts. von Blatt 2141

Forts. auf Blatt 2143

Wie Hatzl betonte, führten die Bau- beziehungsweise Umbauarbeiten zu einer starken Belebung der Wiener Wirtschaft. Mehr als 300 Firmen und nahezu 1.000 Arbeitnehmer waren in den sechs Jahren Bauzeit durchschnittlich im Einsatz. Hatzl dankte allen Arbeitern, Angestellten, Planern, den Beamten des Magistrats und der Verkehrsbetriebe sowie den Tunnelpatinnen für ihr Engagement und ihren Einsatz.

Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der U6 werde es zu einer Reihe weiterer Neuerungen im öffentlichen Verkehr kommen. Die in den letzten Tagen meistdiskutierte Maßnahme betreffe die Einstellung der Straßenbahnlinie „8“. Diese Einstellung sei möglich geworden, weil nun eine durchgehend freie Strecke von Meidling/Philadelphiabrücke bis Heiligenstadt/Friedensbrücke besteht. Es gebe aber noch weitere Gründe für die Einstellung der Linie „8“, nämlich:

- daß am Gürtel die Stationen „Thaliastraße“ und „Michelbeuern“ sowie ein zusätzlicher Ausgang in der Station „Burggasse“ gebaut wurden,
- die Erneuerung der Signalanlage eine dichtere Zugfolge erlaubt,
- die Erneuerung der Gleisanlage und des Wagenparks eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern gegenüber bisher 40 Stundenkilometern ermöglicht und
- schließlich durch den Verzicht auf den „8er“ eine Reihe von Verbesserungen im Linienangebot realisiert werden kann.

Hatzl kündigte Intervallverkürzungen bei U-Bahn-Linien sowie Neuerungen bei Straßenbahnlinien an. So wird die Linie „9“ — um unvermeidbaren Behinderungen vorzubeugen — über Märzstraße — Neubaugürtel geführt, die Linie „37“ auf Einmannbetrieb umgestellt, der „62er“ erhält Solo-Gelenktriebwagen sowie kürzere Intervalle. Auch beim Autobusverkehr kommt es zu Verbesserungen, allen voran durch die neue Linie „37 A“ und die Verlängerung der Linien „11 A“ und „12 A“.

Alle diese Maßnahmen seien nur durch die vertretbare und gerechtfertigte Einstellung der Linie „8“ möglich geworden. Hatzl kritisierte, daß Argumente in den vergangenen Tagen entstellt wiedergegeben worden seien. Tatsache sei, daß durch eine Parallelführung der U6 und der Straßenbahnlinie „8“ eine sehr hohe Summe aufgebracht werden müßte, die nun durch Verbesserungen der Bevölkerung zugute kommt. Er sei kein Anhänger von Volksbefragungen in Angelegenheiten des öffentlichen Verkehrs, da die Gefahr bestehe, daß schweigende Mehrheiten durch laute Minderheiten zu Schaden kommen.

Stromtarif

StR. HATZL (SPÖ) beantragte die Einführung einer neuen Tarifstruktur der Wiener Stadtwerke — E-Werke. Hatzl betonte, daß dieser „grüne Wiener Spartarif“ für 95 Prozent der Wiener Haushalte und auch für den größten Teil der Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe Einsparungen bringt. Die Mindereinnahmen der E-Werke aus dem Tarif bezifferte Hatzl mit 400 Millionen Schilling. Die alte Grundpreisberechnung nach Tarifräumen wird bei dem neuen Tarif durch einen verbrauchsbezogenen Grundpreis abgelöst, der bis 5.840 Kilowattstunden pro Jahr 20 Groschen/kwh, darüber 82 Groschen/kwh beträgt. Der Arbeitspreis wird auf 1,14 Schilling/kwh gesenkt. Insgesamt, so betonte Hatzl, bedeutet die Reform für die Verbraucher nicht nur eine finanzielle Einsparung, sondern auch die Animation zum Stromsparen und eine wesentliche Entbürokratisierung.

GR ZEIHSEL (FPÖ) bezeichnete die Tarifreform als richtigen Schritt. Die FPÖ habe sich schon immer für eine Reform in diese Richtung ausgesprochen.

GR STRATIL (ÖVP) wies ebenfalls auf die positiven Aspekte der Tarifreform hin. Allerdings müsse man die Auswirkungen des neuen Tarifs laufend beobachten und im Dienste der Konsumenten am Reformwerk weiterarbeiten.

Forts. von Blatt 2142

Forts. auf Blatt 2144

GR Ing. HUBER (SPÖ) betonte, daß Wien nun nach den Wasserkraftländern Tirol und Vorarlberg über den günstigsten Stromtarif in Österreich verfügt. Dieser Tarif bedeute auch für die niederösterreichischen Kunden der Wiener Stadtwerke zum größten Teil eine Vergünstigung gegenüber dem Stromtarif der NEWAG. Wien habe sich damit wieder einmal als Umweltmusterstadt erwiesen, meinte Huber.

In seinem Schlußwort betonte StR. HATZL, daß die Wiener Stromerzeugung laufend auf den modernsten Stand der Technik gebracht werde, und daß damit — gemeinsam mit dem neuen Stromtarif — Wien eine Vorreiterrolle in bezug auf Umweltfreundlichkeit in Europa habe.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Flächenwidmung im 10. Bezirk

GR SEVCIK (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Quellenstraße, Neilreichgasse, Friesenplatz, Troststraße und Gußriegelstraße im 10. Bezirk.

GR PRINZ (FPÖ) sagte, daß die FPÖ zustimmen werde. Er brachte einen ZUSATZANTRAG ein, womit der Friesenplatz, der aus dem gegenständlichen Antrag ausgeklammert sei, als Kleingartengebiet gewidmet werden soll. Die Bezirksvertretung Favoriten habe im März dieses Jahres die Beibehaltung der Parkwidmung am Friesenplatz beantragt. In den Folge Monaten seien unterschiedliche Planungsüberlegungen aufgetaucht, von denen die Bezirksvertretung allerdings nicht in Kenntnis gesetzt wurde. Die Errichtung einer Hochgarage auf einem Drittel der Fläche der Kleingärten am Friesenplatz sei schließlich von der SPÖ als „guter Kompromiß“ präsentiert worden. Dies sei allerdings kein guter Kompromiß, die FPÖ trete für die Einhaltung dieser grünen Oase ein.

GR Georg FUCHS (ÖVP) zeigte sich „erstaunt über die plötzliche Liebe der FPÖ zu den Favoritner Kleingärtnern“. Die ÖVP habe bereits vor dem Sommer in der Bezirksvertretung eine Anfrage über die angeblichen Planungen am Friesenplatz eingebracht, die FPÖ dagegen erst im September. Fuchs warf der SPÖ vor, daß sie entgegen anderen Aussagen des Bezirksvorstehers von Favoriten bereits im Frühjahr Pläne für eine Hochgarage am Friesenplatz gekannt habe. Als Grund für diese Hochgarage sieht Fuchs die Errichtung eines Einkaufszentrums in unmittelbarer Nähe. 4.000 Protestunterschriften sollten zu einem Gesinnungswandel führen, da in Favoriten schon zu viele Kleingärten zerstört wurden.

GR GAAL (SPÖ) wies darauf hin, daß der Bezirksentwicklungsplan in diesem Bereich einen eklatanten Stellplatzmangel aufweist. Die Anregung, am Friesenplatz ein Parkhaus zu errichten, sei kein Vorschlag der SPÖ, wengleich ein derartiges Projekt zielführender wäre als eine Tiefgarage, die teurer sein und die Kleingärten gänzlich beseitigen würde. Ein allfälliges Projekt würde die SPÖ aber jedenfalls mit der Bevölkerung diskutieren.

ABSTIMMUNG: Die Änderung der Flächenwidmung wurde einstimmig beschlossen, der Zusatzantrag dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Instandsetzung städtischer Wohnhausanlagen

GR HONAY (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung der Mittel für die Instandsetzung städtischer Wohnhausanlagen im 15. und 16. Bezirk sowie den Anbau von Personenaufzügen in einer städtischen Wohnhausanlage im 20. Bezirk.

GR KIRCHNER (FPÖ) kritisierte, daß alle zur Debatte stehenden Geschäftsstücke gemäß § 98 der Wiener Stadtverfassung, also mit Hilfe des Notverordnungsparagraphen, eingebracht wurden. Die Geschäftsgruppe

Forts. von Blatt 2143

Forts. auf Blatt 2145

für Wohnbau und Stadterneuerung sei offensichtlich so überlastet, sodaß sie diesen Paragraphen viel zu oft anwenden müsse.

GR FAYMANN (SPÖ) erwiderte, daß die Mieter ein Recht darauf hätten, daß zugesagte Maßnahmen rechtzeitig durchgeführt würden. Aus diesem Grund müsse im Interesse der Mieter auch der Sommer, in dem keine Gemeinderatssitzungen stattfinden, genützt werden.

ABSTIMMUNG: Die Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Möblierung Herberge Gänsbachergasse

GR WOLLER (SPÖ) beantragte 7,5 Millionen für Möblierung und Inventar in der neuen Herberge Gänsbachergasse.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) erklärte, daß in diesem Heim 300 Menschen untergebracht werden sollen, und es sei wichtig, daß sie auch eine ausreichende Betreuung durch Sozialarbeiter erhalten. Notwendig sei es, die dort einziehenden Menschen so weit zu bringen, daß sie wieder in das „normale“ Leben zurückfinden können. Dazu gehöre auch die Hilfe bei der Arbeitssuche. Es sei zu bezweifeln, ob ein so großer Kreis von Menschen auch effizient betreut werden kann. Bei der ARGE für Nichtseßhafte oder der Vinzenzgemeinde Mariahilf gehe es jeweils um kleinere Gruppen.

GR Erika STUBENVOLL (SPÖ) erinnerte daran, daß die Herberge für Obdachlose innerhalb weniger Monate geschaffen werden konnte. Die Herberge soll eine Übergangsstation sein. Hier sollen 270 Einzelpersonen und Paare Aufnahme finden, und acht Familien können „Übungswohnungen“ beziehen. Acht Sozialarbeiter, die seit langem in der Betreuung solcher Menschen erfahren sind, werden das Wohnheim leiten. Stubenvoll verwies darauf, daß von der Arbeitsgemeinschaft „Bürger in Not“ etliche Wohnungen bereitgestellt wurden und ein mobiles Team für die medizinische Hilfe in den Heimen und auf der Straße eingerichtet werden soll. Ziel sei nach Möglichkeit eine Rückführung in eigene vier Wände. In der Josefstadt sei ein zweites Heim geplant, ergänzte Stubenvoll.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Verlängerung U 6-Nord/Debatte über Linie „8“

GR HUMMEL (SPÖ) stellte den ANTRAG, für die Vorarbeiten zur Verlängerung der U 6 nach Norden 27,3 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

Die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf sei ein klassisches Beispiel für die Parallelführung einer U-Bahn und von Straßenbahnlinien, sagte GR Mag. KARL (ÖVP) und nahm das Geschäftsstück zum Anlaß, die geplante Einstellung der Linie „8“ zu kritisieren. Auch sozialistische Politiker hätten sich früher für diese Parallelführung ausgesprochen. Karl forderte, die Linie „8“ wenigstens eine Zeitlang, etwa bis zu einem Jahr, weiterzuführen, und genaue Fahrgastzählungen vorzunehmen. Das Problem der Linie „8“ sei offensichtlich keine verkehrspolitische, sondern eine demokratiepolitische Frage geworden. Die nun plötzlich erfundene Autobuslinie „37 A“ werde mehr im Stau des Gürtels steckenbleiben als fahren, und die Anbindung der Wirtschaftsuniversität und des Behördenzentrums wäre auch mit einer Verlängerung der Straßenbahnlinie „8“ möglich gewesen. Viele verkehrspolitische Gründe sprächen für den „8er“.

Doppelführungen zwischen U-Bahn und Straßenbahn seien aus Kostengründen nicht tragbar, betonte GR HUFNAGL (SPÖ). Das freiwerdende Kapital könne dann für ganz Wien flächendeckend eingesetzt werden. Hufnagl verwies darauf, daß es weder in der Praterstraße, noch in der Lassallestraße, in der Favoritenstraße, in der Wagramer Straße und in der Kärntner Straße einen Oberflächenverkehr parallel zur U-Bahn gebe, und dies auch niemanden störe. Die Volkspartei habe in einer Pressekonferenz

Forts. von Blatt 2144

Forts. auf Blatt 2146

die Faller-Studie tatsachenwidrig wiedergegeben. Die 40 Millionen Preisbasis 1976 entsprächen heute rund 80 Millionen. Die Studie habe auch nicht die Linie „8“ mit der U-Bahn, sondern mit der damaligen Stadtbahn verglichen. Die U 6 aber habe volle U-Bahn-Qualität. Die Einstellung der Linie „8“ sei aus Kostengründen nötig.

GR Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) verwarfte sich gegen den Vorwurf der Roßtäuscherei und Verfälschung. Derartige Vorwürfe, so Regler, würden durch das Strafgesetzbuch mit hohen Strafen belegt. Er werde aber nicht zum Bezirksgericht laufen, da Politik in den zuständigen Gremien und nicht vor dem „Kleinen Bezirksgericht“ ausgetragen werden solle.

Die SPÖ wolle die Einstellung des „8er“ nun „durchziehen“, auch gegen den Willen von fünf SP-Bezirksorganisationen, die sich in den Bezirksvertretungen gegen die Einstellung ausgesprochen hätten. Zum Vorwurf der verfälschten Wiedergabe der Faller-Studie sagte Regler, die Kopie, die ihm vorgelegen sei, hätte keine Jahreszahl enthalten. Aus dem Text sei der Zeitpunkt der Gegenüberstellung Straßenbahn/U-Bahn mit 1985 datiert. Von 1976 bis heute, das räumte Regler ein, hätten sich die Kosten tatsächlich von rund 40 auf rund 80 Millionen verdoppelt.

Die Parallelführung sei gerechtfertigt, da der „8er“ eine andere Funktion habe als die U-Bahn. Die U 6 diene dem Fernverkehr, der „8er“ habe eine Verteilerfunktion mit doppelt so vielen Haltestellen und günstigen Umsteigefunktionen zu den Radiallinien. Eine Einstellung bringe einen Nutzenverlust für die Bevölkerung. Die Volksbefragung, die die ÖVP in der laufenden Sitzung des Gemeinderates beantragen werde, gäbe die Möglichkeit, daß der Souverän, das Volk, selbst entscheiden könne.

Zählungen der Wiener Verkehrsbetriebe im September in der Station Thaliastraße hätten ergeben, daß in der Zeit von 7 bis 8 Uhr 520 Passagiere die Linie „8“ benutzt haben, während gleichzeitig rund 2.500 Personen mit der Stadtbahn unterwegs waren, sagte GROBLASSER (SPÖ). Auch daran zeige sich die Entbehrlichkeit der Linie „8“. Er erinnerte daran, daß sich durch den Umbau von Signalanlagen und Gleiskörpern die Reisezeit um bis zu 50 Prozent reduziere. Grundsätzlich könne es nicht Sinn des U-Bahn-Baues sein, U-Bahn und Straßenbahn parallel zu führen. Auch der Rechnungshof würde eine solche „Doppelgleisigkeit“ höchstwahrscheinlich kritisieren.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Verlängerung der Südost-Tangente

GR Ing. HUBER (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Abschluß eines Übereinkommens mit der Wiener Bundesstraßen AG über Bauaufsicht und Mitwirkung von Personal der Stadt Wien bei der Verlängerung der Südost-Tangente.

GR DALLER (ÖVP) betonte, daß die Verlängerung der Südost-Tangente für die Donaustadt von großer Bedeutung sei und wesentliche Verbesserungen mit sich bringen wird. Er bezeichnete es als erfreulich, daß die seinerzeit geplante Trassenführung der A 24 durch den Widerstand der Bevölkerung und seiner Fraktion zu Fall gebracht wurde. Die Verlängerung der A 23 und der Bau der B 302 bedeute zwar eine wesentliche Verkehrsentslastung, es müsse aber auch zu Verbesserungen im öffentlichen Verkehr kommen. Als Beispiele nannte er ein neues Parkhaus bei der U-Bahn-Station Kagran, die Verlängerung der U 1 bis Leopoldau und kürzere Intervalle diverser Autobuslinien.

GR Daller teilte dem Gemeinderat mit, daß dies seine letzte Rede in diesem Haus gewesen sei, da er aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat zurücklege.

Er teile die Meinung seines Vorredners, daß Ortskerne der Donaustadt im Stau ersticken, sagte GR SEVCIK (SPÖ). Das Übereinkommen zwischen

Forts. von Blatt 2145

Forts. auf Blatt 2147

der Stadt Wien und der Wiener Bundesstraßen AG bringe Wien eine Reihe von Vorteilen: Beeinflussung der Planung, Qualitätssicherung während des Baues, Ausschöpfung des Erfahrungspotentials und einen Überblick über das Baugeschehen. Es werde dafür gesorgt werden, daß zwei Beamte der Stadt Wien während der gesamten Bauzeit als Ombudsmänner eingesetzt werden, die dadurch auf Wünsche der Bevölkerung sofort Rücksicht nehmen können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Rechnungshofberichte über Wiener Stadterneuerungsgesellschaft und Wohnungsaktiengesellschaft Wohnbau Alt-Erlaa

Vizebürgermeister MAYR beantragte, die Prüfungsberichte des Rechnungshofes über die Wiener Stadterneuerungsgesellschaft und die Gemeinnützige Wohnungsaktiengesellschaft Wohnpark Alt-Erlaa sowie die diesbezüglichen Äußerungen des Stadtsenats zur Kenntnis zu nehmen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte vor allem, daß die Berichte — 16 Jahre nach der Gründung der Wohnungsgesellschaft Wohnpark Alt-Erlaa — nicht mehr aktuell seien. Keiner der Verantwortungsträger sei noch im Amt. Aufgrund der aufgezeigten Mängel, wie etwa Vergaben ohne Ausschreibung, sei jedoch die Lehre zu ziehen, daß derartige Vorhaben einer begleitenden Kontrolle bedürfen.

GR FUCHS (ÖVP) kritisierte, daß es durch grobe Mängel in der Bauabwicklung in Alt-Erlaa zu Schäden für die Bewohner und die Steuerzahler gekommen sei. Freihändige Vergaben in großer Höhe und Fehlplanungen seien durch verfilzte Verhältnisse im gesamten Baubereich zustande gekommen. Die Stellungnahme des Stadtsenates schwäche diese Kritikpunkte ab und sei daher nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Vizebürgermeister MAYR sagte in seinem Schlußwort, daß die vom Rechnungshof erhobenen Vorwürfe schon mehrmals diskutiert worden seien, und daß auch entsprechende personelle Konsequenzen gezogen worden seien. Dies sei nicht überall der Fall. Die Bemerkungen des Stadtsenates zu den Berichten seien wohlfundiert und der Rechtslage entsprechend.

ABSTIMMUNG: Beide Berichte wurden mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen.

„Wiener Adventzauber“

Für den „Wiener Adventzauber“ 1989 am Rathausplatz sowie die entsprechende Ausgestaltung des Rathausparks in der Zeit vom 18. November bis zum 26. Dezember 1989 wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP Kosten von 13 Millionen Schilling genehmigt.

Studentenheim Döbling

GR Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte 1,8 Millionen Schilling für das Studentenheim Döbling.

GR PROCHASKA (ÖVP) kritisierte die jahrelange defizitäre Führung des Studentenheimes durch die Stadt Wien. Schließlich suchte man einen neuen Träger, wobei seriöse Angebote wie das der Studentenförderungstiftung abgelehnt wurden. Schließlich wurde das Studentenheim der WIGAST übertragen, wobei Millionenbeträge gezahlt werden mußten, um das Heim überhaupt in „gebrauchsfähigem Zustand“ übergeben zu können. Es stellte sich jedenfalls wirtschaftlicher Erfolg bei der Führung des Studentenheimes ein. Umso unverständlicher ist daher nun diese beantragte „Spende“ von 1,8 Millionen Schilling. Die ÖVP werde diese „seltsame Großzügigkeit“ ablehnen.

GR STEINBACH (SPÖ) erklärte, daß der Betrag von 1,8 Millionen Schilling zur Bildung freier Rücklagen, die nur zum Ausgleich auftretender Verluste

Forts. von Blatt 2146

Forts. auf Blatt 2148

aufgelöst werden können, sowie zur Verwirklichung beabsichtigter Bauvorhaben verwendet werden soll.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Subventionen der Stadt Wien

GR OBLASSER (SPÖ) ersuchte um die Genehmigung der 7. Subventionsliste für 1989.

GR CZERNY (ÖVP) stellte fest, daß die Subventionsliste mehr als 30 Millionen Schilling für 26 Vereinigungen und Einrichtungen vorsehe. Seine Fraktion sei mit allen Punkten einverstanden, bis auf einen: Dieser Punkte betreffe das Stadtkino am Schwarzenbergplatz. Es sei ein „Faß ohne Boden“, das eine nicht endenwollende Flut an Geldmitteln verschlinge. Auch das Kontrollamt der Stadt Wien habe bereits Kritik an der Führung des Stadtkinos geübt, das den Erwartungen, die in es gesetzt wurden, nicht erfüllen konnte. Er beantrage daher eine getrennte Abstimmung dieses Geschäftsstückes.

GR Dkfm. Dr. AIGNER erwiderte, daß das Stadtkino seit seiner Gründung 1981 seinen kulturellen Auftrag in vorbildlicher Weise erfülle. Für seine Erhaltung sprächen die 50.000 bis 55.000 Besucher pro Jahr. Demgegenüber sei die vorgesehene Subvention von 2,3 Millionen Schilling relativ bescheiden. Durch die besonderen Aufgaben, die sich bei der Pflege des künstlerisch wertvollen, innovativen Films ergäben, sei eine kostendeckende Betriebsführung nicht zu erzielen und daher eine öffentliche Förderung notwendig.

ABSTIMMUNG: Die Subvention für das Stadtkino wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. Alle anderen Punkte wurden einstimmig beschlossen.

Neue Küche für Floridsdorfer Krankenhaus

GR Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte 50 Millionen Schilling für eine neue Küche im Floridsdorfer Krankenhaus.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) begrüßte es, daß die SPÖ damit ein Anliegen der FPÖ aufgegriffen habe. Sie habe anfangs keine Bereitschaft gezeigt, nach Alarmierung des Arbeitsinspektorates wegen menschenunwürdiger Bedingungen jedoch schließlich gehandelt.

GR SCHIEL (SPÖ) bezeichnete die FPÖ als „Quereinsteiger“ und reklamierte die Initiative zum Neubau für seine Fraktion. Die FPÖ hätte der ungünstigeren Variante einer Renovierung den Vorzug gegeben. Der Neubau der Küche sei Teil umfangreicher Instandsetzungen und Verbesserungen in diesem Haus.

GR Dr. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß durch den Küchenneubau die Probleme des Krankenhauses nicht beseitigt seien. Man habe den Mängeln viel zu lange zugesehen. Auch der heutige Antrag sei in der SPÖ erst nach den Vorfällen in Lainz möglich geworden. Noch immer sei aber das Personal unverantwortlich überlastet. Für den Kauf lebensrettender Geräte seien Benefizveranstaltungen notwendig gewesen. Er fordere, etwas für das Personal und die medizinische Ausstattung zu tun. Die Zügel weiter schleifen zu lassen, sei nicht zu verantworten, fügte Fürst hinzu.

In ihrem Schlußwort erläuterte GR STUBENVOLL, der Neubau habe deshalb so lange Zeit in Anspruch genommen, weil die optimale Lösung gesucht wurde. GR Schiel habe sich unermüdlich für Verbesserungen in diesem Krankenhaus engagiert. Mit spektakulären Aktionen wie von ÖVP und FPÖ könne jedoch keine solide politische Arbeit geleistet werden. Die Patienten seien mit der Unterbringung im Floridsdorfer Krankenhaus zufrieden — es sei aber zu klein, um alle aufzunehmen, die dorthin wollen.

Forts. von Blatt 2147

Forts. auf Blatt 2149

Sie meine auch, sagte Stubenvoll, daß die medizinische Ausstattung gut sei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Hanappi-Stadion

GR Brunhilde FUCHS (SPÖ) stellte den Antrag auf einen Sachkredit von 37,8 Millionen für Reparaturmaßnahmen im Wiener Hanappi-Stadion.

GR Dr. NEUBERT (ÖVP) kritisierte, daß bereits zwölf Jahre nach Eröffnung des Stadions eine Generalsanierung notwendig sei. Er glaube, daß die Sanierung teurer werde, als beantragt wurde. Außerdem habe das Kontrollamt massive Baumängel festgestellt. Die Sozialistische Partei könne aus der politischen Verantwortung dafür nicht entlassen werden. Es gebe auch Mängel in verschiedenen anderen Sportstätten, so im Dusika-Hallenstadion, im Horr-Stadion sowie im Stadionbad.

GR BRIX (SPÖ) betonte, daß ein entsprechender Kontrollamtsbericht derzeit überhaupt noch nicht vorliege, und er sich wundere, wie sein Vorredner zu seinen Behauptungen komme. Die Asbestwerte im Dusika-Stadion seien in Ordnung, das Stadionbad sei o.k., selbstverständlich müsse man schadhafte Stellen immer wieder ausbessern. Die Erhaltung der Sportstätten sei für die Sportler und für die Jugend notwendig.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Herstellung von Bezirkspostwürfen

Der Antrag von GR STOCKINGER (SPÖ) zur Herstellung von Bezirkspostwurfsendungen wurde ohne Debatte mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Debatte über Mitteilung von StR. Hatzl

GR ZEIHSEL (FPÖ) forderte eine Probezeit für die Linie „8“, um zu einer endgültigen Entscheidung über diese Linie zu kommen. Es sei undemokratisch von der SPÖ, ein solches Vorhaben unterbinden zu wollen.

GR Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) wies auf die Bedeutung der U 6 für den Wiener öffentlichen Verkehr hin. Besonders strich Regler in diesem Zusammenhang die Erhaltung der Wientalbrücke von Otto Wagner und die Planung für die Fortsetzung der U 6 nach Norden und Süden heraus.

GR HUFNAGL (SPÖ) entgegnete unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von GR Zeihsel, daß Bürgermeister Zilk sich in der Fragestunde dafür ausgesprochen habe, zunächst keine Veränderungen an der Trasse der Linie „8“ zu setzen, die ein Präjudiz bedeuten würden. Anschließend wies Hufnagl auf die großen technischen Leistungen beim Bau der U 6 hin und betonte generell den Fortschritt des öffentlichen Verkehrs in Wien, der von der Linien- und Frequenzverdichtung bis zur Umweltfreundlichkeit und zu mehr Komfort reiche. Durch die Einstellung der Linie „8“ könne die Meidlinger Hauptstraße ausgestaltet werden, weiters könnten ein Radweg auf dem Gürtel eingerichtet und Autobusparkplätze für die Stadthalle im Bereich des Urban-Loritz-Platzes angelegt werden.

Dringlicher Antrag der ÖVP

Anschließend gelangte ein DRINGLICHER ANTRAG der ÖVP zur Verlesung, in dem eine Volksbefragung durch Beschluß des Gemeinderates mit folgender Fragestellung verlangt wird: „Soll die Straßenbahnlinie '8' eingestellt werden?“. Außerdem wird die Fortführung der Linie „8“ bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Volksbefragung gefordert.

GR Mag. KARL (ÖVP) sagte, dies sei ein „Dringlicher Antrag“, da die Linie „8“ ab 7. Oktober nicht mehr fahren wird. Die Volksbefragung über den Fortbestand der Linie „8“ sollte in ganz Wien durchgeführt werden.

Forts. von Blatt 2148

Forts. auf Blatt 2150

Der Antrag auf DRINGLICHKEIT wurde einstimmig angenommen.

Die Einstellung der Linie „8“ bedeute für viele Fahrgäste einen Komfortverlust und damit eine Verschlechterung der Bedienung durch öffentliche Verkehrsmittel, sagte GR Dipl.-Ing. Dr. Herlinde ROTHAUER (ÖVP). Man müsse den Wienern die Möglichkeit geben, sich dazu zu äußern. Da U 6-Stationen in Hoch- und Tieflage errichtet wurden, bedeute dies besonders für ältere Menschen, die Aufzüge oft aus Ängstlichkeit meiden, eine wesentliche Verschlechterung. Dazu komme in vielen Fällen ein längerer Anmarschweg, etwa von der Station Burggasse zur Straßenbahnlinie „49“.

GR Mag. KABAS (FPÖ) meinte, daß die 45.000 gesammelten Unterschriften eine beachtliche Zahl seien, an der man nicht vorbeigehen könne. Unsere demokratische Verfassung und die wahrscheinliche Einleitung einer Volksbefragung verlangen, daß keine präjudiziellen Maßnahmen gesetzt werden, und daher mit der Einstellung der Linie „8“ so lange gewartet wird, bis die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht ist.

GR OBLASSER (SPÖ) stellte fest, daß der von der ÖVP verlangte sinnvolle Einsatz von Mitteln im öffentlichen Verkehr mit der Einstellung der Linie „8“ gewährleistet wird. Auch bei Einleitung einer Volksbefragung werde man selbstverständlich verfassungsmäßig vorgehen und das Ergebnis der Volksbefragung im Gemeinderat behandeln. Die SPÖ sei von der Richtigkeit der Maßnahmen überzeugt und werde daher den Antrag der ÖVP ablehnen.

StR. HATZL (SPÖ) sagte, daß mit der Linie U 6 aus zwei Verkehrsmitteln ein neues, besseres und erweiterungsfähiges gemacht wird. Verschlechterungen für einzelne gebe es bei jeder Änderung von Verkehrslinien. Viele Wünsche für Verbesserungen des öffentlichen Verkehrsnetzes liegen aus den Bezirken vor. Viele davon könnten durch die Einsparungen bei der Linie „8“ finanziert werden. Hatzl erwähnte, daß bereits jetzt die Fahrgastzahl bei der Stadtbahn fünf- bis sechsmal höher ist als bei der Linie „8“. Die Stadtregierung zeige Mut zur Verantwortung, denn nicht nur die 45.000 gesammelten Unterschriften zählen, es müssen auch die täglich hunderttausenden Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel gesehen werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der ÖVP wurde abgelehnt.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 21.20 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2149